

# Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Eloblatt und Anzeiger).

Leitung:  
Riefaer  
Herausg. Nr. 22.  
Verlag Nr. 22.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptpostamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsamt  
Dresden 1522  
Verlag  
Riefa Nr. 22

Nr. 73.

Donnerstag, 27. März 1930, abends

83. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingepreist werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Achtung! Unregelmäßige Beilagen "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Besondereinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Rieger & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Gortelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riefa.

## Die Krise auf dem Höhepunkt.

Entscheidung voraussichtlich heute abend. — Ein neuer Vermittlungsvorschlag.

### Inmitten der Krise.

Im parlamentarischen Saal wird und über die Vorgänge, die sich im Laufe des Mittwochs im Reichstage abspielten, geschrieben: Schon am frühen Morgen traten die Fraktionen zur Besprechung der parlamentarischen Lage zusammen, die sich in den letzten zwölf Stunden so außerordentlich trübend entwickelt hatte. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei war schon um 10 Uhr nahezu vollständig beisammen, das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Bayern folgten ihr eine halbe Stunde später. Sehr hoch ging es in der sozialdemokratischen Fraktion her, denn hier war die Berärgerung am größten und der Wille zu einer Verständigung wohl am schwächsten. Das setzte sich deutlich an dem Ergebnis der Fraktionsbesprechung, denn die Sozialdemokraten lehnten sowohl den Vermittlungsvorschlag Dr. Moltenbachers, wie sein Steuerentwurfprogramm rundweg ab.

Auf 4 Uhr nachmittags war eine Parteiführerbesprechung angesetzt. Alle Politiker des hohen Hauses wußten, daß sie wie das Hornberger Schießen auslaufen und die Kräfte auf die Höhe treiben würde, wenn man sich nicht vorher verständigte. Dr. Schulz nahm Führung mit Dr. Brüning, dieser mit dem Demokratenführer Meyer und der Bauer leitete bewegte sich bestmögliche Führung über in flüchtiger Durchhaltung von einem Koalitionsvorschlag zum anderen. Der Heißste von allen war zweifellos Oscar Meyer, denn er hatte in kürzester Zeit eine neue Kompromißformel ausgearbeitet und für seinen Vermittlungsvorschlag sehr schnell das Einverständnis des Zentrums gefunden. Um 4 Uhr traten dann die Parteiführer zur besagten Besprechung zusammen.

Was wird werden? Diese Frage schwebte in den Wandelhallen auf den Lippen aller Politiker. Was die Fraktionen wollen, weiß man. Die Deutsche Volkspartei hat sich bedenklich festgelegt und die Sozialdemokratie vertritt in letzter Stunde sie noch zu überbrücken. Zwischen beiden Fraktionen versuchen die Demokraten die Zentrumsmänner und die Bayern zu vermitteln. Das steht außer Frage. Da begegnet und in den Wandelhallen ein alter Reichsminister. Geradeweg fragen wir ihn: "Wollen Sie sich denn nicht miteinander verständigen?" "Aber erwidert der Minister: "Wohl! Nicht können! Sie haben gerade beinahe." Ein anderer alterfahrener Parlamentarier, der herantrottelte, schon dusehend mitterlebens, faßt sich noch kürzer. Er sagt nur das eine aber tiefgründige Wort: "Nerven! — Nerven!"

Die Sozialdemokratie drängt zur Entscheidung. Reichspräsident von Hindenburg fordert, daß vom 1. April an die neuen Steuern fließen. Der Ausnahmeartikel 48 R.-V. droht. Der Zentrumsführer Brüning ließ sich von seiner Fraktion ausdrücklich die Ermächtigung auf die Zurückziehung der drei Zentrumsvorschläge geben, falls im Laufe des Mittwochs keine Verständigung erzielt wird. Die Gefahr des Rücktritts des Gesamtkabinetts liegt damit auf höchster Stufe. Starker war der politische Bogen nicht zu spannen, er mußte brechen oder entspannt werden.

Nach 7 Uhr erfolgte zur allgemeinen Ueberwachung die Entscheidung. Die Parteiführer-Besprechung war beendet und wurde auf Donnerstag vertagt. Es wird also weiter verhandelt. Außerdem wurde die Kabinettsbildung ursprünglich für 6 Uhr angesetzt und dann auf den späteren Abend verlegt. Diese Nachrichten wirkten im ganzen hohen Hause entspannend. Man gibt sich erneut der Hoffnung hin, daß in letzter Stunde eine Verständigung in der Finanzfrage erzielt wird.

### Die heutige Besprechung des Reichsanstalters mit den Fraktionsführern und Sozialdemokraten.

Berlin. (Funkspruch mittags 11 Uhr.) Kurz nach 10 Uhr traten die Parteiführer der Regierungsparteien zu einer Besprechung zusammen, an der der Reichsanstalt, der Reichsfinanzminister, Reichsarbeitsminister und Justizminister teilnahmen. Die Besprechungen sollen bis gegen 12 Uhr zu Ende geführt werden, da für 12 Uhr das Kabinett einberufen ist. In einem späteren Stadium der Verhandlungen wurden auch die Finanzfachverständigen der Regierungsparteien zu der Beratung hinzugezogen. In parlamentarischen Kreisen werden gegen 11 Uhr die Aussichten auf eine Einigung als nicht ungünstig bezeichnet, doch ist das Ergebnis der Besprechungen noch nicht abzusehen.

Berlin. (Funkspruch mittags 12.30 Uhr.) Die Besprechung, die der Reichsanstalt heute vormittag mit den Fraktionsführern abhielt, dauerte um 12 Uhr noch an. Zwischenzeitlich waren auch die Sozialdemokraten der Fraktionen an den Verhandlungen hinzugezogen worden.

Die Besprechung in ihrem Besitze führte nur zu der Feststellung, daß eine Einigung bisher nicht möglich war. Die Kabinettsbildung, die für 12 Uhr angesetzt war, wird erst später beginnen, da um diese Zeit die Besprechung beim Reichsanstalt noch im Gange ist. Am Schluß der Besprechung mit den Sozialdemokraten, in der es sich immer wieder um die Arbeitslosenversicherung drehte, erklärte der Kanzler, daß es jetzt darauf ankomme, einen Weg zu finden, der unter Zurückstellung aller weiterreichenden Fragen die notwendige Verabschiedung des Etats ermöglichte. Es ist anzunehmen, daß die weiteren Besprechungen sich auf diese Frage eines Sofortprogramms beschränken.

Berlin. (Funkspruch.) Im Anschluß an die gemeinsame Besprechung der Parteiführer, der Sozialdemokraten und der Finanzfachverständigen der Regierungsparteien mit der Regierung fand noch eine besondere Besprechung des Kanzlers nur mit den Parteiführern statt. Um 12.30 Uhr war diese Besprechung zu Ende. Ein abschließendes Ergebnis ist nicht erzielt worden. Im Mittelpunkt stand nach wie vor der gestern vom Zentrum gemachte Vermittlungsvorschlag, der eine Abänderung darin enthält, daß die Regierung in dem Falle, daß die Darlehenspflicht des Reiches wirksam werden sollte, nicht nur zur Deckung der Beträge eine Beitragserhöhung vorschlagen oder auch neue Einnahmequellen beschließen soll, sondern auch als Mittel den Weg der Reformmaßnahmen sehen kann. Eine Abstimmung über die neuen Vorschläge fand in der Parteiführerbesprechung nicht statt, da sich keine der Parteien auf diese Vorschläge festlegen wollte. Anschließend tritt das Kabinett zusammen. Es wird sich darüber entscheiden, ob es auf den Boden des abgeänderten Vorschlages Brüning treten soll. Es wird, wie SPD hört, in diesem Falle die Parteien vor die Frage stellen, ob sie sich gleichfalls auf dem Boden dieses Vorschlages einigen wollen oder nicht. Anschließend an die Kabinettsbesprechung werden die Fraktionen der Regierungsparteien zusammenberufen. Die Sozialdemokraten haben sich diesem Vorschlag nicht angeschlossen, einmal wegen der Finanzschiebung der Entscheidung auf den Herbst, vor allem aber weil sie die Reueinschaltung der Möglichkeit einer Reform des Gesetzes dahin auslegen, daß auf diesem Wege auch der von ihnen bekämpfte Abbau der Leistungen beschlossen werden kann.

Berlin. (Funkspruch.) Die Sitzung des Reichskabinetts dauerte eine Stunde. Ein Beschluß wurde, wie das Nachrichtenbüro der SPD hört, vom Kabinett nicht gefaßt. Es wird jedoch erklärt, daß das Reichskabinett, falls sich die Parteien auf die heute vormittag erörterte Formel einigen sollten, einer Verabschiedung der Vorlagen auf dieser Grundlage keine Schwierigkeiten bereiten würde.

Nachdem die Stellungnahme der Fraktionen vorliegt, wird das Reichskabinett um 5 Uhr nachm. erneut zusammengetreten.

Berlin. (Funkspruch.) Die Zentrumsfraktion des Reichstages beschloß, den heute in der Parteiführerbesprechung vorgelegten Kompromißvorschlag des Abgeordneten Dr. Brüning in der Arbeitslosenfrage anzunehmen.

### Aus den Geheimnissen des Etats.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß der Etat für 1930 auffallend verhältnismäßig behaushälterisch und einsparnd geartet ist, die heute an Hand des Etatsentwurfs ersicht werden können. Es bekräftigt sich, daß in den Messuren sehr wenig gespart worden ist und daß der gesamte Etat eine neue Steigerung erfahren hat.

Freilich ist diese Steigerung in der Hauptfache durch den gesteigerten Schuldendienst und die Kriegslasten zu suchen. Bekleidenber geworden ist, wie schon berichtet, das Amtswirtschaftliche Amt, wenn es gegen das Vorjahr auch nur 2,3 Millionen weniger verlangt. Genering hat noch die stärkste Einsparung gemacht, da er fast 4 Millionen gegen das Vorjahr weniger verlangt, nämlich nur 2,9 Millionen. Der Etat des Ministeriums für die besetzten Gebiete ist um 7,6 Millionen gekürzt, aber hier sind Sonderbewilligungen notwendig, die diese Einsparung wieder ausheben müssen. Nicht freiwillig, sondern weil der Finanzminister entschieden auf Einsparungen bestand, hat das Reichswirtschaftsministerium seine Forderungen um 2,48 Millionen herabgesetzt, während der Reichsarbeitsminister entschieden gegen die Streichung von 118,28 Millionen entschiedenen Einspruch erhob, aber eine Realisierungsmöglichkeit gegen sich hat. Er hat freilich, im Gegensatz zu den anderen Ministern mit 1232,4 Millionen noch immer den höchsten Etat, weshalb sich der Postenfortschritt auf seine Aufstellung kürzte.

Wie schon erwähnt, hat Herr Groener 40 Millionen mehr verlangt, der Justizminister 1 Million, der Reichsernährungsminister 35,7 Millionen. Die Kürzung des Etats des Arbeitslosenversicherung ist dadurch zustande gekommen, daß für die Arbeitslosenversicherung statt 372,5 Millionen nur 150 Millionen eingeplant sind, daß der Rückbehalt für die Invalidenversicherung aus 20 Millionen gekürzt wurde

und die Familienwochenhilfe statt mit 32 Millionen, mit 15 Millionen angelegt ist. Deshalb der Reichsverschuldung um 40 Millionen höher steht, obwohl von dem Wagnertreuer D keine Hebe mehr ist, ist bekannt.

Die Mehrausgaben des Reichsernährungsministers lassen erkennen, daß wieder erhebliche Mehrausgaben zu Gunsten der Landwirtschaft gemacht werden sollen. Allein für die landwirtschaftliche Betriebsmittelung sind 5,5 Millionen mehr in Aussicht genommen, 2 Millionen für Bodenverbesserungen, 877 000 Mark für die Förderung des Weinbaues, 2,7 Millionen für die Förderung der Bewegung der Getreideernte, 16 Millionen für eine Reichsbeteiligung an der Deutschen Bodenkultur V.-G. Außerdem noch andere kleine Posten. Der Reichsverkehrsminister muß seinen Etat erhöhen, weil er Kanalbauten und Wasserstraßenbauten fortsetzen will und das Darlehen der Deutschen Luftbahn zu tilgen hat.

Wenn die Reichsschuld um 433,8 Millionen höher angelegt ist, so kommt es hauptsächlich daher, weil bekanntlich ein Tilgungsfonds für die schwebende Schuld von 450 Millionen geschaffen werden mußte, die nach den Bedingungen des Schatzes im Laufe eines Jahres zurückgezahlt werden soll. Exorbitant sind auch die Mehrforderungen von 409 Millionen für den Kriegslastenfonds, der demnach 2,2 Milliarden beträgt und aus dem die Reparationen gezahlt werden müssen. In der Mehrforderung sind freilich die aus dem Reichshaushalt nach dem Neuen Plan zu leistenden Reparationszahlungen der Reichsbahn mit einem Mehrbetrage von 275 Millionen enthalten, die auf der anderen Seite von der Reichsbahn durch Zahlungen ausgeglichen werden.

Es ist nicht anzunehmen, daß diese Statpositionen bei der Beratung im Reichstage noch wesentliche Änderungen erfahren. Vielleicht wird der soziale Etat etwas erhöht, namentlich wenn sich die Parteien über größere Zuschüsse des Reiches an die Arbeitslosenversicherung verständigen und vielleicht wird man beim Reichswehrminister Kleingarten kreischen. Das einmal gezeichnete Gesamtbild dürfte im großen und ganzen kein anderes Gesicht erlangen.

### Ein Vorschlag der Demokraten zur Regierungsbildung in Sachsen.

(Dresden. Der Führer der sächs. Demokraten, Reichsminister a. D. Dr. Kütz hat an die Landtagsfraktion der DDP und der Sozialdemokraten folgenden Schreiben gerichtet:

Nachdem der Versuch, eine neue Regierung in Sachsen zu bilden, in der Landtagsitzung vom 25. d. Mts. ergebnislos verlaufen ist, erlaube ich mir als Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen der Deutschen Demokratischen Partei im Einverständnis mit der demokratischen Landtagsfraktion zu einer gemeinsamen Besprechung über die Regierungsbildung einzuladen. Die Einladung richtet sich an die Landtagsfraktionen der DDP und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Durch diese Bestätigung der Einladung wird natürlich nicht ausgeschlossen, daß bei kommenden Verhandlungen die Beteiligung auch einiger anderer Parteien an der Regierungsbildung in den Kreis der Erwägungen gezogen werden. Ich bitte mir mitzuteilen, ob grundsätzliche Geneigtheit zur Verhandlung besteht. Bescheidensfalls würde ich mir erlauben, über Ort und Zeit zur Besprechung meinen Vorschlag zu machen.

### Inkrafttreten der Zollerhöhungen.

Berlin. (Funkspruch.) Die Zollerhöhungen für Weizen, Gerste und Getreide sind in der vergangenen Nacht um 24 Uhr in Kraft getreten. Die weiterhin beschlossenen Zollerhöhungen für Reis, Mehl, Mais, Kartoffeln und Zucker treten in der Nacht zum 29. 3. in Kraft, das Maisgesetz am 1. April. Noch nicht in Kraft gesetzt wurde die Rann-Vorschrift bezüglich der Ermäßigung des Wertsteuers bei Bezug von Roggen für die Verfütterung.

### Pilsudskis Bruder bildet die Regierung

Warschau, 27. März. Der Staatspräsident hat gestern nachmittag den Abgeordneten des Regierungsblochs, Jan Pilsudski, den Bruder des Marschalls Pilsudski, mit der Bildung der neuen Regierung betraut. Der Abg. Pilsudski hat den Auftrag angenommen.